

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

182. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 15. Oktober 2008

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksache 16/10519)

19383 C

Mündliche Frage 11

Petra Pau (DIE LINKE)

Verantwortliche für das unvermummte Auftreten von Elitepolizisten der GSG 9 nach ihrem Einsatz zur Befreiung entführter Geiseln in der Sahara und Maßnahmen der Bundesregierung zur Gewährleistung der Sicherheit dieser Elitepolizisten

Antwort

Peter Altmaier, Parl. Staatssekretär

BMI

19394 C

Zusatzfragen

Petra Pau (DIE LINKE)

19394 C

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Wir kommen damit zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Peter Altmaier zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 11 der Kollegin Petra Pau auf:

Auf wessen Veranlassung hin sind die rund 150 Elitepolizisten der GSG 9 – nach ihrem geplanten Einsatz zur Befreiung entführter Geiseln in der Sahara – unvermummt vor laufenden Kameras und fotografierenden Journalisten über das Rollfeld des Flughafens Berlin-Tegel marschiert, und was unternimmt die Bundesregierung, um zukünftig die Sicherheit dieser Beamten zu gewährleisten (vergleiche den *Spiegel* vom 6. Oktober 2008)?

Peter Altmaier, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Kollegin, die Frage kann ich sehr kurz und knapp beantworten: Die Polizeivollzugsbeamten der GSG 9 der Bundespolizei sind auf Veranlassung des Bundesministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Bundespolizeipräsidium und der Leitung der GSG 9 auf dem Rollfeld des Flughafens Tegel in Erscheinung getreten. Es war eine Einzelfallentscheidung, und sie bedeutet selbstverständlich keine Abkehr von den bisher praktizierten Maßnahmen zum Schutz der Beamten.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nachfragen, Kollegin Pau?

Petra Pau (DIE LINKE):

Ja, danke, Herr Präsident. – Herr Staatssekretär, durch Ihre wahrlich kurze und knappe Antwort werden mir nicht meine Besorgnisse genommen, die ich habe, seitdem ich diese Fernsehbilder und gestochen scharfen Fotos gesehen habe. Deshalb möchte ich gerne wissen, wie Sie die gegenwärtige individuelle Sicherheitslage für diese Beamten bewerten und welche Vorkehrungen diejenigen getroffen haben, die für diese Entscheidung verantwortlich sind, um die Sicherheitsbedürfnisse der GSG-9-Beamten zu berücksichtigen.

Bisher sind sie ja bei allen Gelegenheiten nur verumumt in der Öffentlichkeit aufgetreten, und es werden aus guten Gründen – ich gebe gerne zu: nicht immer von uns akzeptiert –, selbst dann, wenn sie in Kontakt mit Parlamentariern kommen, Sicherheitsmaßnahmen getroffen, damit ihre Identität nach außen hin nicht offenbar wird.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur wenn die Linksfraktion kommt!)

Peter Altmaier, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Frau Kollegin Pau, Sie können davon ausgehen, dass die von mir angesprochene Entscheidung nicht getroffen worden wäre, wenn sie nicht auch im Hinblick auf die Sicherheitslage der Beamten verantwortbar und vertretbar gewesen wäre.

Dieser Entscheidung lag übrigens die Abwägung zugrunde, dass wir aus generalpräventiven Gründen ein Zeichen setzen wollten. Die Bundesregierung ist nämlich nicht erpressbar. Potenzielle Entführer von deutschen Staatsangehörigen müssen künftig auch mit dem Einsatz der GSG 9 rechnen.

Insofern möchte ich einen von Ihnen angesprochenen Punkt korrigieren. Sie sagten: Das geschieht sonst nie, und das ist noch nie geschehen. – Das ist beispielsweise auch geschehen, als die damalige GSG-9-Mannschaft aus Mogadischu zurückgekehrt ist. Auch damals lag die gleiche Erwägung zugrunde, und sie hat sich nachher in der Praxis auch bewährt.

Petra Pau (DIE LINKE):

Gut, dann frage ich noch einmal andersherum: Liegen Ihnen Erkenntnisse darüber vor, dass GSG-9-Beamte, die an diesem Einsatz teilgenommen haben und sich hier in der Öffentlichkeit entsprechend präsentieren mussten, jetzt irgendeiner Gefährdung ausgesetzt sind oder identifiziert wurden?

Peter Altmaier, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Davon ist mir nichts bekannt.